

OBERRHEINRAT

**Sitzung der Plenarversammlung
am 9. Dezember 2016 von 9.30 bis 11.10 Uhr in Liestal (CH)**

Sitzungsprotokoll

Herr Helmut HERSBERGER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
wir haben einen Kurzstreckenlauf vor uns. Kurzstreckenlauf deshalb, weil wir eine historische Gegebenheit haben: Wir werden den zweiten Teil der heutigen Versammlung gemeinsam mit der Oberrheinkonferenz (ORK) verbringen – und damit ein altes Ziel zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen uns in die Tat umsetzen. Wir sollten kurz nach 11 Uhr mit unserer Plenarversammlung fertig sein, um uns dann ins Hotel Engel zu verschieben und dort das Referat von Staatssekretär Jacques de Watteville, Schweizer Chefunterhändler mit der EU, anzuhören.

Wir haben leider z.Zt. keine funktionierende Simultanübersetzung, wofür wir uns entschuldigen. Zwischenzeitlich arbeiten die beiden Dolmetscherinnen mit der Flüsteranlage. Und Sie dürfen jederzeit verlangen, dass ich das eine oder andere auf Französisch sage.

Trakt. 1: Eröffnung und Begrüßung

Ich möchte die Sitzung mit dem Dank an verschiedene Ehrengäste beginnen. Zuerst einmal danke ich dem Hausherrn, Landratspräsident Philipp SCHOCH, für seine Anwesenheit und dafür, dass wir den Landratssaal benutzen dürfen.

Ebenfalls unter uns ist Präsident Philippe RICHERT. Philippe, seit Du der Region Grand Est vorstehst, sind die Reisen länger, mühsamer und aufwendiger geworden. Wir schätzen es sehr, dass Du deine Präsenz möglich gemacht hast. Herzlichen Dank!

Ebenfalls unter uns ist die zweite Parlamentspräsidentin der Region, Dominique KÖNIG-LÜDIN, die Präsidentin des Grossen Rates Basel-Stadt. Im Weiteren erhalten Sie heute die Gelegenheit, die Nachfolgerin von Regierungspräsident Guy MORIN kennenzulernen. Ich danke Grossrätin Elisabeth ACKERMANN, ab Februar 2017 neue Regierungspräsidentin des Kantons Basel-Stadt, für ihre Anwesenheit.

Speziell begrüsse ich auch die Gemeinderätinnen und -räte, Bürgermeister und Maires, die wir in unserer Mitte haben. Ich zähle darauf, dass Sie uns helfen Bodenhaftung zu behalten. Ebenfalls unter uns ist der Stadtpräsident von Liestal, Lukas OTT.

Liebe Mitglieder des Oberrheinrates, liebe Gäste, herzlich willkommen!

Die Tagesordnung ist um das Referat von Philippe RICHERT erweitert worden und liegt als Tischvorlage aus. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie so einverstanden sind.

Trakt. 2: Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 6. Juni 2016

Das Protokoll zur letzten Sitzung vom 6. Juni in Basel haben Sie mit der Einladung erhalten. Es ist auch auf der Internetseite des Oberrheinrats abrufbar. Ich empfehle Ihnen allen, unsere neue Homepage wieder einmal zu besuchen. Eigentlich haben Sie nun alle Informationen auf diesem Weg verfügbar und sind nicht mehr auf den Papierversand angewiesen. Ich entnehme Ihrem Stillschweigen, dass Sie einverstanden sind und dieses Protokoll genehmigen.

Trakt. 3: Bericht zu laufenden Resolutionen

Wir konstatieren mit Befriedigung rasche Rückmeldungen, und zwar sowohl der nationalen wie auch der Länderregierungen. Wir haben den Eindruck, dass sich auch die Qualität der Stellungnahmen laufend verbessert. Ob das so ist, weil wir uns vorgenommen haben, die Antworten stärker zu evaluieren, wird die Zukunft zeigen. Herzlichen Dank, dass Sie hier aktiv mitarbeiten!

Zu den Resolutionen vom Juni noch die eine oder andere Bemerkung:

- Die Resolution «Rascher Staatsvertrag für den EuroAirport» ist wichtig und noch nicht erledigt. Wir haben zwar die Information erhalten, dass der Staatsvertrag zwischen Frankreich und der Schweiz auf sehr gutem Wege sei und nun praktisch Einigkeit herrsche. Wir warten aber noch auf eine Bestätigung und vor allem auf eine konkrete Umsetzung. Wir können diejenigen Firmen, die aufgrund der unsicheren Rechtslage den EuroAirport bereits verlassen haben, nicht zurückholen. Aber immerhin können wir uns dafür einsetzen, dass diejenigen, die noch da sind, bleiben, denn das ist für die Wirtschaftsregion Oberrhein elementar.

- Die zweite Resolution richtete sich «gegen eine Kontingentierung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern». Wir wurden zwischenzeitlich vom Schweizer Parlament zwar fast überholt, indem zur Umsetzung der «Masseneinwanderungsinitiative» eine neue Regelung verabschiedet wurde, wonach in der Schweiz der «Inländervorrang light» eingeführt werden soll. Diese Lösung hat den riesigen Vorteil, dass dadurch die Bilateralen Verträge mit der EU nicht gefährdet sein sollten. Die Schweizerische Volkspartei hat verlauten lassen, dass sie kein Referendum gegen diese Regelung ergreifen will. Wir werden jedoch aufmerksam verfolgen müssen, wie es weitergeht. Die jetzt getroffene Regelung enthält keine Kontingente für Grenzgänger; sie enthält generell keine Kontingente. Für die Grenzgänger unserer Region ist das elementar. Ich komme auf die Thematik unter Trakt. 5 noch zurück.

- Eine weitere wichtige Resolution verabschiedeten wir zur «grenzüberschreitenden Katastrophenhilfe». Am Mittwoch fand eine vielbeachtete Tagung der ORK zum Thema «Blackout» statt. Vielleicht haben Sie den gleichnamigen Roman von Mark Elsberg gelesen – eine beeindruckende Vision, was passieren könnte, wenn wir den Gau eines Stromausfalls hätten. Ich bitte Sie, sich mit der Katastrophenprävention und Katastrophenhilfe in ihren verschiedenen Aspekten zu befassen und die Bewältigung von Ernstfällen vorzubereiten, *bevor* ein Ernstfall auftritt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin tief überzeugt, dass wir in dieser Region konstatieren müssen, dass wir zwar drei Länderorganisationen haben, die leidlich funktionieren. Aber im Katastrophenfall wäre betreffend Zusammenarbeit und Koordination einiges im Argen. Ich möchte, dass der Oberrheinrat hier immer wieder nachfasst und die ORK dazu motiviert, der Zusammenarbeit in der Katastrophenhilfe stärkere Priorität einzuräumen. Ich schaffe dies in den letzten Tagen meiner Zugehörigkeit zum Oberrheinrat selbst nicht mehr und muss diese Aufgabe deshalb vertrauensvoll meinem Nachfolger übergeben.

- Die Resolution «Gemeinsamer Verkehrsraum Oberrhein» hat einiges an Diskussionen ausgelöst. Wir werden später bei der Kommission Verkehr und Raumordnung nochmals auf diese Thematik eingehen. Es ist schon einmal gut, dass wir eine Zusammenfassung über prioritäre Verkehrsprojekte erstellt haben.

- Die Resolution «Nachhaltige Entwicklung am Oberrhein», welche u.a. eine Vernetzung der Fachleute fordert – ein gutes Beispiel ist TRION – hat gute Reaktionen hervorgerufen. Wir werden heute eine weitergehende Resolution zum gleichen Thema behandeln, nämlich: Wie schaffen wir am Oberrhein die Energie- und Wirtschaftswende der Energiewerke und wie gehen wir mit dem Rückbau der Kernanlagen um?

Gibt es von Ihrer Seite zu den laufenden Resolutionen Kommentare? Das ist nicht der Fall.

Trakt. 4: Arbeiten und neue Resolutionsentwürfe der Kommissionen

Ich bitte jetzt die Kommissionspräsidenten um eine kurze Zusammenfassung ihrer Arbeiten und dann gleich um die Vorstellung allfälliger Resolution aus ihrer Kommission.

Wir beginnen mit der **Kommission Kultur-Jugend-Ausbildung**.

Frau Barbara SCHLEICHER-ROTHMUND:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kommission Jugend, Ausbildung und Kultur hat am 19. September in Freiburg getagt. Wir haben uns zwei wesentliche Themen herausgenommen. Das eine war der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt am Oberrhein, ein Schwerpunktthema für dieses Jahr. Das andere Thema betraf den Wissenschaftsbereich. Es ging um eine EU-Vorgabe bzw. die sog. Open Access-Regelung, wonach demnächst wissenschaftliche Erkenntnisse, die staatlich gefördert worden sind, leichter verfügbar sein werden. Zu diesem Themenbereich können wir Ihnen heute noch keine Resolution vorlegen, weil es ein komplexes Thema ist und wir noch nicht die komplette Abstimmung geschafft haben.

Wir können Ihnen aber eine Resolution «Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt am Oberrhein» vorlegen. Dieser Bereich wurde schon sehr intensiv bearbeitet. Wir hatten die IHK als Berichtersteller über die vielen laufenden Aktivitäten. Es ist deutlich geworden, dass wir einen Fachkräftemangel und einen Mangel an Auszubildenden haben. Diesen Mängeln gilt es auch grenzüberschreitend entgegenzuwirken.

Uns ist aufgefallen, dass sich das Thema Zweisprachigkeit wie ein roter Faden durch unsere Beratungen hindurch zieht. Deswegen schlagen wir Ihnen heute vor, einen Preis auszuloben, quasi als Best-Practice Modell, mit dem wir Firmen auszeichnen, die in der grenzüberschreitenden, mehrsprachigen Ausbildung schon sehr gut auf dem Weg sind und so als Vorbilder dienen können.

Wir weisen in unserer Resolution auch auf existierende Instrumente hin, z.B. auf die Baselbieter Lehrstellenbörse oder die im Januar stattfindende Ausbildungsmesse „Salon régional Formation Emploi“ in Colmar. Deren Ergebnisse wollen wir uns dann anschauen. Und wir unterstützen selbstverständlich auch die INTERREG-Projekte, die von der Région Grand Est und den deutschen Bundesländern Baden-Württemberg sowie Rheinland-Pfalz vorangetrieben werden.

Ein Dauerthema ist ausserdem die Anerkennung von Berufsabschlüssen. Sie ist unbedingt erforderlich, um den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt zu erleichtern. Und Sie wissen es vielleicht noch: Wir haben am Oberrhein vor zwei Jahren eine Rahmenvereinbarung über die grenzüberschreitende Berufsausbildung auf den Weg gebracht. Deren Ergebnisse wollen wir auch analysieren, damit wir nicht nur Vereinbarungen und Resolutionen beschliessen, sondern diese nachher auch auf ihre Wirksamkeit überprüfen.

Herr HERSBERGER:

Herzlichen Dank. Gibt es Fragen an die Kommissionspräsidentin?

Frau Sarah WYSS:

Ich habe eine Frage betreffend der Zusammenarbeit Ihrer Kommission mit der Arbeitsgruppe Bildung der ORK. Die ORK vergibt die EUREGIO-Zertifikate. Da erhalten beteiligte

Unternehmen bereits eine Betriebsurkunde zur Dokumentierung ihrer besonderen Verdienste in der dualen Berufsausbildung.

Frau SCHLEICHER-ROTHMUND

Wir haben uns in früheren Jahren auch schon mit der ORK ausgetauscht. Wir wissen alle, dass der Oberrheinrat finanziell nicht besonders liquide ist; hingegen ist die ORK durchaus finanziell ausgestattet. Wir würden uns freuen, wenn wir die Auslobung dieses Preises mit der ORK machen könnten. Wir denken im Grunde genommen an die ORK.

Herr HERSBERGER:

Weitere Fragen? Wenn nein, möchte ich zur Abstimmung über die Resolution «Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt am Oberrhein» schreiten. Ich bitte um Handzeichen.

Sie haben dieser Resolution einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zur **Kommission Landwirtschaft und Umwelt**. Lieber Daniel ADRIAN, ich bitte um deinen Bericht.

Herr Daniel Adrian:

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bedanke mich bei den zahlreichen Teilnehmenden, die an der Kommissionssitzung vom 19. September in der Petite Camargue dabei sein konnten. Wir haben uns mit der Entwicklung invasiver Pflanzen in unserer Region befasst. Diese Pflanzen kennen keine Grenzen (*Lachen im Saal*). Wir haben da eine ganz wichtige Aufgabe, die wir gemeinsam angehen müssen.

Wir haben uns vier Vorträge angehört. Der erste wurde gehalten von Frau Merckling, Leiterin der Petite Camargue Alsacienne. Es ging um die kanadische Goldrute, eine Pflanze, mit der die Petite Camargue viel Erfahrung hat. Durch diese Präsentation wurden wir über die positiven Auswirkungen beim Entfernen der Goldrute durch die Rinderrasse Highland Cattle auf Testbereichen und auf Schafswäldern unterrichtet.

Die zweite Präsentation betraf die Überwachung und Ausbreitung von zwei invasiven Pflanzen, die Risiken für die menschliche Gesundheit mit sich ziehen. Dieser Vortrag wurde von Herrn Odinot vom Departement Bas-Rhin gehalten. Es handelt sich um das beifussblättrige Traubenkraut und den Riesen-Bärenklau. Die erste Pflanze bewirkt Verbrennungen bis zum 3. Grad. Die zweite ist der japanische Staudenknöterich, der uns überwuchert, sowohl in Frankreich wie in Deutschland und der Schweiz.

Die dritte Präsentation kam von Frau Deck, Projektleiterin für grüne und blaue Infrastruktur beim TRUZ (*Trinationales Umweltzentrum Weil*). Es handelt sich vor allem um das Pilotprojekt der Stadt Lörrach in Zusammenarbeit mit dem TRUZ. Unsere Aufmerksamkeit wurde hauptsächlich gelenkt auf den japanischen Staudenknöterich, die amerikanische Goldrute und den Essigbaum, den wir in unseren Höfen und Gärten immer mehr vorfinden. Abschliessend stellte uns Frau Alma Idrisovic, Inspektorin des Kantons Basel-Landschaft, die Bekämpfungsstrategie in der Schweiz vor.

All diese Arbeiten haben uns zu folgendem Schluss gebracht: Wir müssen unbedingt zusammenarbeiten, und wir müssen kämpfen. Wir müssen die Menschen, auch über die Presse, dazu bringen, dass sie sich darum kümmern, was bei ihnen ums Haus und im Dorf wächst. Ansonsten werden wir kein konkretes Ergebnis erreichen.

Die nächste Sitzung wird die Bekämpfung von invasiven Tierarten zum Thema haben. Es geht insbesondere um die Tigermücke, die asiatische Hornisse und die Obstfliege, die immer häufiger gesichtet werden.

Zu unserer heutigen Resolution «Energie- und Wirtschaftswende der Energiewerke am Oberrhein»: Wir haben die Anliegen aller drei Länder berücksichtigt und schlagen Ihnen hier eine realistische Resolution vor mit wünschbaren Massnahmen zur Sicherung der

Energieversorgung unserer drei Länder und dem allmählichen Rückbau unserer Kernkraftwerke.

Herr HERSBERGER:

Herzlichen Dank. Es geht auch darum, dass mit der Stilllegung von Atomkraftwerken am Oberrhein – so diskutabel diese in den einzelnen Ländern sein mögen – unsere Arbeit noch nicht zu Ende ist. Sondern diese Anlagen müssen ordnungsgemäss abgebaut werden und dazu müssen wir entsprechende Vorkehrungen treffen. Nicht zuletzt geht es darum, den Know-how-Austausch auszubauen und den Ausstieg aus der Kernkraft grenzüberschreitend mit Fachkräften zu gewährleisten.

Gibt es zur Resolution Fragen? Ergänzungen? Kritik? Dies ist nicht der Fall. Dann ist auch diese Resolution einstimmig verabschiedet.

Wir kommen zur **Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt**. Ich bitte Peter BRODBECK, uns zu berichten.

Herr Peter BRODBECK:

Herr Präsident, geschätzte Anwesende, die Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt, zu der auch das Gesundheitswesen gehört, hat sich am 19. September im Universitätsspital Basel durch verschiedene Referenten über die Gesundheitsversorgung orientieren lassen. Zur Information gehörte auch die Studie der ORK mit Empfehlungen zum Fachkräftemangel im Medizinalbereich.

Wir haben feststellen können, dass wir am Oberrhein mit 630 stationären Betten und 190 Ärzten im ambulanten Bereich pro 100.000 Einwohner eine sehr gute Versorgungslage haben. Aber die unterschiedlichen politischen sowie Gesundheits- und Sozialversicherungssysteme erschweren – wenn nicht sogar verunmöglichen – eine optimierte und innovative Gesundheitsversorgung am Oberrhein und sind damit teilweise ein ernst zu nehmendes Hemmnis. Mit dem Projekt TRISAN will die Arbeitsgruppe Gesundheit der ORK ein Instrument zur Verbesserung schaffen, das wir sehr unterstützen können.

In unserer Resolution «Den Gesundheitsraum am Oberrhein stärken», die wir gestützt auf unsere Kommissionssitzung verfasst haben und die Ihnen vorliegt, verweisen wir hauptsächlich auf vier Punkte:

Wir sehen erstens in der personalisierten Medizin eine grosse Herausforderung und Chance, aber auch einen Motor im Life Science Bereich. Neben einem medizinischen Angebot auf hohem Niveau brauchen wir eine grosse Menge an Patientendaten, die eben auch am Oberrhein anfallen und grenzüberschreitend durch Definierung von Standards und Schnittstellen bereitgestellt werden können.

Wir sind zweitens überzeugt, dass es Versorgungsziele gibt, die aus ökonomischer und qualitativer Sicht grenzüberschreitend besser erfüllt werden können. Wir listen in unserer Resolution ein paar Beispiele auf. Sie sind nicht abschliessend, aber es sind Beispiele, bei denen die administrativen Hürden bewältigt werden und deshalb jetzt auch funktionieren.

Drittens braucht es eine Lösung, um bei lebensbedrohenden Diagnosen – als Beispiel sei der Schlaganfall genannt – auch grenzüberschreitend eine sofortige Überführung in das nächstgelegene spezialisierte Zentrum ermöglichen zu können.

Viertens haben wir am Oberrhein ein Problem grenzüberschreitend bei der Grundversorgung, sprich bei den Hausärzten. Wir haben nicht mehr überall eine Versorgung und müssen Anreize sowie Behandlungspfade schaffen, die eine Versorgung bis ins hohe Alter ermöglichen, um damit mitzuhelfen das Kostenwachstum zu dämpfen.

Herr HERSBERGER:

Herzlichen Dank, Peter BRODBECK. Gibt es Fragen an ihn?

Herr Matthias ACKERMANN:

(Landkreis Südliche Weinstrasse). Ein weiteres wichtiges Thema ist die Versorgung, was Apotheken anbelangt. Durch die Wochenenddienste kommt es zum Problem, dass manche, gerade auch ältere Leute im Grenzgebiet 20 bis 30 km ins Landesinnere fahren müssen, um Medikamente zu bekommen, statt dass sie einfach über die Grenze fahren und die Medizin dort erhalten können. Das ist sicherlich auch eine Frage, welche die Kassen betrifft.

Herr BRODBECK:

Wir haben diesen Aspekt in unserer Kommission nicht behandelt, aber wir könnten ihn durchaus aufnehmen.

Herr Josha FREY:

Der Vorschlag von Herrn ACKERMANN ist gut, auch weil ein EUGH-Urteil es sowieso nötig macht, dass die Apotheken sich neu gegenüber dem Internet-Versandhandel positionieren. Insofern macht es Sinn, das Thema in der Kommission aufzurufen, weil es in der EU alle betreffen wird. Es wird sicherlich auch in der Schweiz Interesse finden.

Herr HERSBERGER:

Herzlichen Dank. Hiermit ist der Kommission der Auftrag erteilt, dieses Thema aufzunehmen, es abzuklären und zu berichten.

Sarah WYSS:

Ich möchte auch hier wieder die Frage stellen, wieweit die Kommission mit der ORK zusammenarbeitet. Da gibt es u.a. das Projekt TRISAN. Inwiefern können auch da Synergien gewonnen werden?

Herr HERSBERGER:

Ich gehe davon aus, dass bei jedem Thema, das aufgegriffen wird, auch die bereits laufenden Aktivitäten der ORK miteinbezogen werden. Es ist unterdessen fast Standard, dass das Kommissionspräsidium das Präsidium der entsprechenden Arbeitsgruppe der ORK miteinlädt. Auch bei dieser Sitzung war mit Peter Indra der Vorsitzende der AG Gesundheit der ORK dabei.

Weitere Fragen, Bemerkungen, Ergänzungen? Das ist nicht der Fall.

Sie haben auch die Resolution «Den Gesundheitsraum am Oberrhein stärken» einstimmig verabschiedet.

Jetzt gebe ich gerne dem Präsidenten der **Kommission Verkehr und Raumordnung**, Christoph SCHNAUDIGEL, das Wort.

Herr Christoph SCHNAUDIGEL:

Herr Präsident, Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen heute keine Resolution vorgelegt, aber die Kommission hat sich an ihrer Sitzung vom 7. Oktober in Freiburg mit mehreren aktuellen Themen beschäftigt.

Als Erstes haben wir uns mit den gefürchteten Sparmaßnahmen bei der eidgenössischen Zollverwaltung und der Zollabfertigung am Oberrhein beschäftigt. Dahinter verbirgt sich die befürchtete Schließung der Zollstelle in Bagen. Wir hörten einen Vertreter der Zollverwaltung zum Sachstand an. Die Kommission hat mich dann aufgefordert, an den eidgenössischen Minister für Finanzen, Bundesrat Uli Maurer zu schreiben und darum zu bitten, dass die Zollstelle erhalten bleibt. Die Antwort vom 2. November ist insofern positiv ausgefallen, als die Zollstelle Bagen erhalten bleiben soll, wenngleich Einschränkungen von Dienstleistungen bzw. Öffnungszeiten geprüft werden. Wir können aber davon ausgehen, dass eine gänzliche Schließung vom Tisch ist.

Wir haben uns auch nochmals mit dem deutschen Bundesverkehrswegeplan beschäftigt. In der vorletzten Sitzung hatten wir eine Resolution zu verschiedenen für uns prioritären Verkehrsprojekten verabschiedet. Im Entwurf Bundesverkehrswegeplan, der bis dato vorlag, sind aber nicht alle Wünsche aus dieser Resolution enthalten gewesen. Das betraf

insbesondere die Appenweier Kurve und die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke. Ich habe deshalb von der Kommission den Auftrag erhalten, die Bundestagsabgeordneten anzuschreiben mit der Bitte, die Überlegungen aus dem Oberrheinrat nochmals in die Beratungen einfließen zu lassen. Diese Maßnahme war nur zum Teil erfolgreich, zum Einen, weil nur ein Abgeordneter antwortete; zum Anderen, weil insbesondere die Appenweier Kurve nicht in den vordringlichen Bedarf aufgenommen wurde. Sie ist jetzt in der Stufe «potenzieller Bedarf» d.h. es wird nochmals eine Kosten-Nutzen-Analyse vorgenommen. Sollte diese Analyse positiv ausfallen, würde die Appenweier Kurve automatisch in den vordringlichen Bedarf kommen. Trotzdem ist dies ein Rückschritt im Vergleich zu 2003, denn damals war diese Maßnahme im vordringlichen Bedarf. Wir werden am Ball bleiben, weil diese Schienenmaßnahme ein ganz wichtiger Bestandteil der Ost-West-Transversale ist.

Zu begrüßen ist, dass die Strecke Molzau-Karsruhe in der höchsten Dringlichkeitsstufe bzw. im vordringlichen Bedarf aufgenommen wurde. Nicht in den vordringlichen Bedarf aufgenommen ist der 6-spurige Ausbau der A5. Für die Gegend hier bedauerlich ist, dass die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke ebenfalls nicht im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist. Wir werden uns in weiteren Sitzungen damit beschäftigen müssen, denn das ist eine wichtige Maßnahme, bei der wir am Ball bleiben sollten.

Wir haben uns ausserdem mit der «Optimierung der Zulaufstrecken an den Rheinfähren» befaßt. Die Kommission war gebeten worden, dieses INTERREG-Projekt zu unterstützen. Die französische Straßenbauverwaltung möchte mit Hilfe von INTERREG die für den Pendelverkehr wichtigen Zulaufstrecken mit dynamischen Hinweisschildern versehen. Ich habe daraufhin den Verkehrsminister von Baden-Württemberg angeschrieben mit der Bitte, man möge sich von Seiten des Landes Baden-Württemberg aktiv an diesem Projekt beteiligen. Man hat uns gesagt, die Antwort solle nächste Woche eingehen.

Schliesslich haben wir uns mit der Verbesserung des öffentlichen Personenverkehrs zwischen Freiburg und Colmar beschäftigt. Hier soll es bis Ende 2018 zu einer Verbesserung der Zugverbindungen von Freiburg nach Breisach durch die Elektrifizierung der Kaiserstuhlbahn kommen. Zudem soll auf französischer Seite ab 2018 eine Busverbindung mit hohem Serviceniveau zwischen Neuf-Brisach und Colmar in Betrieb gehen. Wir wurden von französischer wie auch deutscher Seite über die aktuellen Planungen informiert. Es gibt noch unterschiedliche Auffassungen darüber, ob eine Bahnverbindung auf dieser Strecke rentabel ist. Wir werden uns auch mit diesem Thema weiter beschäftigen.

Herr HERSBERGER:

Herzlichen Dank. Gibt es Fragen an den Kommissionspräsidenten? Ergänzende Voten? Gibt es generell noch Fragen oder Hinweise an die Kommissionen?

Das ist nicht der Fall. Eine kleine Bitte meinerseits: Ich sehe noch Verbesserungspotenzial bei der Terminkoordination unter den Kommissionen. Ich habe versucht an allen Kommissionssitzungen teilzunehmen. Aber wenn drei Sitzungen gleichentags stattfinden und dies in unterschiedlichen Ländern, wird es etwas schwierig (*Lachen im Saal*).

Trakt. 5: Gemeinsame Stellungnahmen Oberrheinkonferenz und Oberrheinrat

Dann kommen wir zu Traktandum 5, ein neues Traktandum, das belegt, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Gremien zunimmt und konkrete Resultate zeitigt.

Die eine gemeinsame Stellungnahme von ORK und Oberrheinrat betrifft die Kontingentierung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern, die andere das Verkehrsprogramm «Agglomerationsprogramm Basel 3. Generation».

Zunächst zur Stellungnahme «**Keine Kontingentierung für Grenzgängerinnen und Grenzgänger**». Sie schließt nahtlos an unsere am 6. Juni verabschiedete Resolution an. Die Stellungnahme ist als Brief bereits am 16. November an den schweizerischen Ständerat verschickt worden, weil der Ständerat das Thema in diesen ersten Dezembertagen

behandelt. Diese Stellungnahme können Sie also nur noch zur Kenntnis nehmen. Wir haben uns im Vorstand nach kurzer Diskussion erlaubt so vorzugehen, weil der Inhalt der Stellungnahme wirklich der gleiche wie jener der Resolution ist. Ob wir den Ständerat mit unserer Stellungnahme maßgeblich beeinflusst haben, müssen wir hier offenlassen.

Sie nehmen diese Stellungnahme zustimmend zur Kenntnis und ich danke Ihnen hierfür.

Ich erinnere daran, dass die Präsidien von ORK und Oberrheinrat auch betreffend dem neuen Erfordernis des französischen Staats, für Sportanlässe ein «certificat médical» vorzulegen, gemeinsam mit einem Brief an den Sportminister reagiert hatten. Wir sind der Meinung, dass ein solches Erfordernis trinationale Sportanlässe im Kern bedroht. Es ist z.Zt. noch keine Lösung in Sicht, aber wir bleiben am Ball.

Nun zur zweiten gemeinsamen Stellungnahme **«Unterstützung des Agglomerationsprogramms Basel 3. Generation»** zuhanden der Schweizer Verkehrsministerin und Bundesrätin Doris Leuthard. Dieses Thema wurde auf Initiative der ORK aufgenommen. Gerade heute Vormittag wird dieses umfangreiche Verkehrsprogramm für die trinationale Agglomeration Basel von einer hochrangigen Delegation in Bern beim Bund eingereicht. Deshalb ist z.B. auch der Bürgermeister von Saint-Louis, Jean-Marie Zoellé, der auch Mitglied des Oberrheinrats ist, heute nicht unter uns, sondern in Bern. Wegen des Anlasses in Bern stehen uns heute auch die primär Verantwortlichen für das Agglomerationsprogramm Basel nicht als Referenten zur Verfügung.

Auch im Oberrheinrat kennen einige das Agglomerationsprogramm Basel aber gut, so Landrat Martin KISTLER. Er wird dazu einige Ausführungen machen. Ein paar Vorbemerkungen meinerseits: Das 3. Agglomerationsprogramm Basel ist einzigartig, weil es ein *trinationales* Verkehrsprogramm für die Region Basel inklusive elsässischer und badischer Seite ist – alles andere würde in dieser Grenzregion keinen Sinn machen. Träger sind die Nordwestschweizer Kantone, der Landkreis Lörrach und das Pays de Saint-Louis.

Wir aus Basel wissen aus Erfahrung, dass wir uns in Bern lautstark und mehrfach melden müssen, wenn wir gehört werden wollen. Ich könnte mir vorstellen, dass ein ähnliches Gefühl in Deutschland gegenüber Berlin und in Frankreich gegenüber Paris besteht. Das ist jetzt fast schon unerlaubte Kritik. Ich äußere sie trotzdem; wir in der Schweiz halten den Föderalismus hoch und sind der Meinung, dass die Regionen stärker zu Worte kommen sollten (*Applaus*). Die gemeinsame Stellungnahme von ORK und Oberrheinrat, die von Repräsentanten aller drei Länder unterzeichnet ist, soll die Forderungen der Region Basel in Bern unterstützen. Wer weiß, vielleicht trägt unser nachheriger Referent Jacques de Watteville das gemeinsame Verkehrsprogramm auch als gelungenes Beispiel trinationaler Zusammenarbeit nach Brüssel? Wir sollten ihn vielleicht hierzu motivieren.

Das Agglomerationsprogramm Basel – das dritte seiner Art – enthält Verkehrsmassnahmen sowohl für öffentlichen Verkehr wie auch den motorisierten Privatverkehr und den Langsamverkehr. Eher neu ist, dass der Schweizer Bund auch Verkehrsprojekte finanzieren will, die teilweise oder ganz auf ausländischem Boden liegen, wie z.B. grenzüberschreitende Tramlinien. Es geht um ziemlich viel Geld. Hauptproblem natürlich: Um diese Gelder kämpft nicht nur unsere Region, sondern darum kämpfen verschiedene Regionen der Schweiz. Zürich hat sich frühzeitig positioniert und in früheren Jahren viel erreicht. Es wäre nun an der Zeit, dass der Oberrhein mit vielen Projekten zum Zug kommt.

Ich gebe nun Martin KISTLER, Landrat in Waldshut und stellvertretender Vorsitzender des Regionalverbands Bodensee das Wort. Er kennt die wichtigsten Verkehrsprojekte im Detail.

Herr Martin KISTLER: (*mit Lichtbildvortrag*)

Herzlichen Dank, Herr Präsident, meine Damen und Herren,
Sie haben mich gebeten, kurz die im Agglomerationsprogramm Basel enthaltenen Verkehrsprojekte vorzustellen. Das ist insofern für den Landrat von Waldshut spannend, weil er nicht direkt im Programmgebiet liegt. Es ist aber ein schönes Signal grenzüberschreitender

Zusammenarbeit. Landrätin Dammann hatten wir auch mit der Delegation in Bern gewährt, sie ist aber hier anwesend. Sie wäre eigentlich berufener als ich, das Thema vorzutragen.

In der Tat enthält das Agglomerationsprogramm wichtige grenzübergreifende Verkehrsprojekte. Die Folie (s. Beilage) listet sie auf. So geht es um die Engpaßbeseitigung der Autobahn A2, insbesondere vom Badischen Bahnhof kommend über die Schwarzwaldbrücke in Richtung Schweiz. Die Idee besteht darin, zur Beseitigung des Engpasses den Transitverkehr, insbesondere den Schwerlastverkehr mit einem Tunnel unter dem Rhein zu führen, weil es dort, Sie wissen es alle, große Stauungen gibt.

Ein zentrales Element ist sodann das sog. «Herzstück» der S-Bahn Basel, sprich die unterirdische Verbindung beider großen Bahnhöfe Basel SBB und Badischer Bahnhof zur Schaffung von Durchmesserlinien, die das deutsche Wiesental mit der Schweiz und den Hochrhein mit Frankreich, mitten durch das Zentrum von Basel, verbinden sollen.

In diesem Zusammenhang soll es auch zum Ausbau der Zulaufstrecken kommen. Eine Zulaufstrecke ist die Hochrheinstrecke. Wir haben schon gehört, lieber Kollege SCHNAUDIGEL, dass es leider nicht gelungen ist, sie in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans zu bekommen. Gleichwohl stehen die Zeichen gut. Wir haben die Erklärung des Landes Baden-Württemberg, dass eine Finanzierung mit den regionalen Partnern, mit den Schweizer Partnern, allerdings auch über GVFG-Mittel erfolgen soll. Diese Erklärung des Landes wird hoffentlich Geltung bekommen, sodass die Strecke zwischen Schaffhausen und Basel tatsächlich elektrifiziert wird und – das ist der inhaltliche Mehrwert – wir dort auch eine Taktverbesserung sprich einen Halbstundentakt bekommen.

Mit dem Ausbau der Zulaufstrecken soll es auch Taktverbesserungen im Wiesental geben. Vielleicht kann ein Viertelstundentakt erreicht werden. Und natürlich soll es auch Taktverdichtungen im Laufental, im Fricktal und in Richtung Liestal geben. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch der Anschluss an den EuroAirport. Das sind übergeordnete Maßnahmen, für die im Wesentlichen der Bund in der Schweiz verantwortlich zeichnet und – der Präsident hat es gesagt – auch bereit ist Maßnahmen im Ausland zu finanzieren.

Es gibt darüber hinaus Maßnahmen zum Tramstreckenausbau in Basel-Stadt sowie zu Verbesserungen in den Straßenbereichen in den Kantonen Baselland und Aargau und im Elsass. Schließlich geht es auch um eine große Zahl an kommunalen Maßnahmen im Bereich von Fahrrad- und Fußwegen.

Zusammenfassend gesagt würde dieses Programm einen großen Schritt darstellen, insbesondere was die übergeordneten Maßnahmen angeht. Ich glaube, die schöne politische Botschaft, die nach Bern transportiert werden kann, ist, dass es eine bisher so noch nicht erreichte breite, trinationale Abstützung gibt, inklusive die Gemeinden. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Signal.

Es wird ein Agglomerationsprogramm Basel 4. Generation kommen. Ab 2018 soll es losgehen. Auch Teile meines Landkreises Waldhut sind dann dabei. Dass wir heute hier schon unterstützend da sein dürfen, finde ich sehr schön. Ich wünsche uns eine gute, gelingende Stellungnahme und dem Agglomerationsprogramm 3 den Erfolg, den es verdient.

Herr HERSBERGER:

Herzlichen Dank für diese kurze, verständliche Darstellung. Ich benutze die Gelegenheit: Wir haben im Saal zahlreiche Landrätinnen und Landräte sowie Parlamentsmitglieder. Massnahmen des Agglomerationsprogramms 3 müssen immer wieder mit Widerstand rechnen. Sie haben gerade Herrn KISTLER gehört, der vom Viertelstundentakt ins Wiesental gesprochen hat. Im Basler Parlament wurde gerade ein entsprechender Vorstoß abgeschrieben. Es gibt aber auch selbsternannte Experten, die sich bemüsst fühlen, für das Herzstück der Regio S-Bahn eine neue Linienführung vorzuschlagen. Solche Diskussionen schaden nur. Helfen Sie mit, auch in Ihren Parlamenten, dass solche trinationalen Verkehrsprojekte zum Durchbruch kommen. Besten Dank.

Gibt es Fragen zur dieser zweiten gemeinsamen Stellungnahme mit der ORK? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Sie stimmen dieser Stellungnahme einstimmig zu.

Wir kommen jetzt zum Traktandum 6. Ich gebe gerne Philippe RICHERT das Wort.

Trakt. 6: Die französische Territorialreform – hat sie Auswirkungen auf die Zusammenarbeit am Oberrhein?

Herr Philippe RICHERT:

Herr Präsident, Sie haben gewünscht, dass ich einige Worte über die Organisation im Raum des Conseil Régional du Grand Est spreche. Das mache ich gerne.

Als erstes möchte ich betonen, dass die Region Grand Est eine Großregion ist. Zur Erinnerung, es handelt sich um 57.000 km² im Vergleich zu den 45.000 km² der Schweiz. In dieser Großregion müssen wir nun sehen, wie wir überhaupt funktionieren können. Unsere ersten Maßnahmen betreffen die politische Organisation. Neben dem Sitz in Straßburg haben wir sozusagen zwei Regierungspräsidien und zwar in Metz und in Châlons unter Wahrung der drei alten Regionalhauptstädte eingerichtet. Des Weiteren richten wir an etwa zwanzig Orten etwas ein, was man in Frankreich eine Unterpräfektur nennen könnte, um die politische Präsenz des Regionalrats zu unterteilen.

Man muss klarsehen, dass der Conseil Régional von nun an nicht nur ein größeres Gebiet umfaßt und zwar vom Rhein bis kurz vor Paris und von Belgien bis zum südlichen Elsass, sondern auch mehr Befugnisse und Verantwortungen, zum Teil aus den Departementräten, empfangen hat, da sein Gebiet aus zehn Departements besteht. Insbesondere wurden ihm, zusätzlich zu seiner Zuständigkeit für den Schienenverkehr, der Fernverkehr und die Schultransporte übertragen. Das gesamte Verkehrswesen konzentriert sich also immer stärker um den Regionalrat. Es kommt noch eine weitere Zuständigkeit hinzu, ebenfalls von den Departements übertragen bzw. abgetreten, nämlich im Wirtschaftswesen. Im Ganzen also ziemlich tiefgreifende Veränderungen.

Dann muss man auch bedenken, dass in Frankreich eine zweite tiefe Umstrukturierung in Gang ist. Sie betrifft die Gemeindeverbände und entsteht über die gleichen Gesetze, die jene Großgebiete geschaffen haben, wobei die Region Grand Est nicht die größte Region in Frankreich ist – es gibt noch größere. Gleichzeitig wurden also die Gemeindeverbände neu geordnet, was sich durch eine Vergrößerung ausdrückt. Nehmen wir ein einfaches Beispiel: für die Stadt Reims kommen jetzt 140 Gemeinden in den Gemeindeverband Reims hinzu. Bei der Stadt Troyes kommen 85 Gemeinden zum Gemeindeverband Troyes hinzu. Wenn Sie den Norden des Departement Moselle betrachten und die Stadt Thionville, die Ihnen vielleicht bekannt ist, so zählt die Stadt Thionville nunmehr über 200.000 Einwohner aufgrund dieser Zusammenlegung. Als Ergebnis der laufenden Zusammenlegungen wird das Ballungszentrum Nancy bis auf 400 oder 500.000 Einwohner steigen. Mit der Zeit entsteht innerhalb der Departements eine neue Gliederung auf der Grundlage der Ballungsräume.

Wenn das so weitergeht, wird in einigen Jahren z.B. das Departement Bas-Rhin in etwa aus dem Ballungsraum Straßburg bzw. der Eurometropole bestehen und im Norden aus dem Ballungsgebiet Hagenau, das jetzt schon 100.000 Einwohner zählt. Für einige Gemeindeverbände wird sich dann die Frage stellen, ob sie nach der einen oder nach der anderen Seite gehen. Das ist insbesondere der Fall für die Gegend um Hoerdt. Geht es lieber zu Straßburg oder zu Hagenau? Aber jeder wird für sich entscheiden können. Die selbe Frage stellt sich für das nördliche Elsass bzw. für den Norden des Departements Bas-Rhin und für den Westen mit Saverne usw.

Im südlichen Elsass vollzieht sich die Umstrukturierung um drei Zentren: Einerseits um die Stadt Colmar, die sich bedeutend vergrößert, andererseits um Mulhouse, das sich bereits

ausgedehnt hat und letztlich um die Stadt Saint-Louis, die an der Seite von Mulhouse ein zweites Ballungszentrum im südlichen Elsass entstehen läßt.

Es bleiben dann noch einige Landstriche, die nicht unmittelbar davon betroffen werden, aber quasi doch, denn schaut man sich eine Landkarte an, sind alle Teilgebiete von Ballungszentren abgedeckt. Bisher verstand man in Frankreich unter dem Begriff für Ballungszentren (*agglomérations*) die Zusammenführung von Städten und Ortschaften. Aber hier sehen Sie, dass es nicht mehr lediglich um Ortschaften geht, sondern um ländliche Räume. Die neuen Ballungszentren sind in Wirklichkeit Teilgebiete der Departements, in denen Städte und Departements neu zusammengeführt werden. Also, eine neue Organisation, die mit der bisherigen nichts mehr zu tun hat.

Diese neuen Ballungsgebiete erhalten auch neue Befugnisse und teilen sich ihre wirtschaftliche Zuständigkeit, welche den Departements abgenommen wurde, mit der Region. Es handelt sich demnach um eine ganz neue Funktionsweise die z.Zt. eingeführt wird. Diese Umfunktionierung bewirkt, dass der Conseil Régional und das gesamte östliche Gebiet bzw. der sog. Grand Est sich auf diese neuen Gegebenheiten einstellen muss. Es geht um eine Organisation und ein strategisches Leitbild, aber auch vermehrt um bürgernahe Verantwortungen. Deshalb haben wir uns entschieden, in etwa zwanzig Städten oder Ortschaften im gesamten Großgebiet Grand Est präsent zu sein.

Die zweite Stufe der Organisation, die wir durchführen mussten, betrifft den Aufbau der Verwaltung, da es zuvor drei Regionen gab, sprich drei Verwaltungen mit drei unterschiedlichen Verwaltungskulturen und jeweils unterschiedliche Politiken. Wir haben auch da zusammengelegt. Wir hatten 70 Leiter der Verwaltung. Jetzt sind es nur noch 20. Auch die Verantwortungen mussten neu definiert werden. Dieser Prozess ist abgeschlossen.

Wir befinden uns nun in der dritten Stufe der Organisation, d.h. in der Neudefinierung der Politiken. Wenn man drei ehemalige Gebietskörperschaften verschmilzt – und Sie wissen, dass wir dabei nicht um unsere Meinung gebeten wurden, sondern es ohne Vorbereitung geschah – muss man von den alten Politiken ausgehen, die auf unterschiedliche Weise in den drei alten Gebieten geprägt waren, um eine einzige daraus zu bilden. Wir müssen also jede einzelne Politik, jedes einzelne Thema überdenken. Wir haben 700 unterschiedliche gezählt. Diese müssen wir vereinheitlichen, um in eine einzige Politik in jedem Bereich zu münden. Damit haben wir begonnen. Kommende Woche werden wir über den Haushalt 2017 abstimmen. Zum ersten Mal werden wir den Haushalt vor Beginn des Haushaltsjahres abstimmen können und im Rahmen der Haushaltsabstimmung auch die verschiedenen Politiken für das gesamte Großgebiet einrichten können.

Zusammenfassend: Bei dieser Umstrukturierung haben wir die Wahl getroffen, uns weiterhin auf die alten Regionen zu stützen. Das Elsass bleibt das Elsass, auch wenn es jetzt zur großen Region Grand Est gehört. Wir behalten z.B. im Tourismus unser Instrumentarium für die Ausstrahlung des Elsass, weil wir meinen, dass das Elsass eine besondere Rolle diesbezüglich zu spielen hat. Nehmen wir als Vergleich Baden-Württemberg, das sich in wirtschaftlicher Hinsicht sehr gut verkauft, aber touristisch gesehen besser unter Schwarzwald oder Bodensee läuft. Wir stützen uns weiterhin auf das Elsass, auf Lothringen, auch gewissermaßen auf die Champagne und etwas weniger auf die Ardennen. Bei der Entwicklung, die wir vornehmen müssen, versuchen wir alle diese Gegebenheiten, seien sie historisch, nicht zuletzt gefühlsmäßig und natürlich wirtschaftlich unter einen Hut zu bringen.

Der letzte Punkt betrifft die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die Region Grand Est hat 450 km Grenzen und vier angrenzende Länder: Belgien, Luxemburg, Deutschland mit dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg und natürlich die Schweiz. Von allen französischen Regionen sind wir diejenige, die für sich allein 45% der gesamten französischen Grenzen beansprucht. Es liegt auf der Hand das dies für unsere Region einen Trumpf, aber auch eine hochrangige Verpflichtung darstellt, wobei die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn weiter ausgebaut werden muss. Die Frage lautet: Wie? Denn bisher vollzog sich diese Zusammenarbeit in zwei großen Gebieten. Einerseits das Oberrheingebiet, auf das ich nicht eingehen brauche, weil es Ihnen allen wohlbekannt ist und

andererseits die sog. Grande Région, d.h. Lothringen, die belgische Wallonie, Luxemburg, Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Ich wünsche, dass wir diese zwei bedeutenden Ausrichtungen beibehalten – und habe das dementsprechend mit den französischen Verantwortungsträgern auf Staatsebene diskutiert – weil dies nicht nur den Oberrheinrat betrifft, sondern auf gleiche Weise die ORK. Ich möchte, dass wir diese Rahmen beibehalten, denn würden wir an ihnen rütteln, wären alle anderen Rahmen dadurch verändert, sei es im Bereich der Exekutiven oder der gesamten Beschlußfassung, der Versammlungen sowie der Regional- und Kommunalpolitiker.

Es bleibt also dabei und wir behalten diese zwei alten Gebiete der Zusammenarbeit, einerseits den Oberrheinraum und andererseits die Grande Région, wobei wir wahrscheinlich zwei Fragen diskutieren werden müssen. Die erste Frage bezieht sich auf die Tatsache, dass man von der Grande Région spricht, in Wirklichkeit ist Lothringen gemeint. Ich habe die Champagne-Ardenne gar nicht erwähnt, weil das Departement der Ardennen, das zu ihr gehört und der Wallonie gegenüberliegt, eben nicht zu Lothringen gehörte und deshalb nicht Teil der Zusammenarbeit mit dem unmittelbaren Nachbarn Wallonie war. Wir werden also den Vorschlag machen – zumal der Ardennen-Hauptstadt Charleville-Mézières sehr daran gelegen ist – dass das Departement der Ardennen in das Zusammenarbeitsgebiet Grande Région eingebunden wird. Es käme im Grunde genommen zurück.

Die zweite Frage, die sich dann stellt, ist die der etwas entlegenen Gebiete, wie z.B. der Vogesen. Sie gehörten zum ehemaligen Lothringen und waren deshalb an der Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfalz, dem Saarland, der Wallonie und Luxemburg beteiligt. Wenn Sie aber mit den Leuten in den Vogesen sprechen, erfahren Sie, dass diese sich mehr mit dem Elsass und über das Elsass mit dem Oberrhein verbunden fühlen, als mit Luxemburg oder der Wallonie. Es wird ein Zeitpunkt kommen, da werden wir uns solche Fragen stellen müssen und sehen, wie wir auf einer zweiten Ebene der Zusammenarbeit eine Einbindung ermöglichen können.

Ähnlich wie heutzutage z.B. die Departments Meuse oder Meurthe-et-Moselle zur Zusammenarbeit innerhalb der Grande Région gehören, muss man sich fragen, warum die Departments Aube, Haute-Marne und Marne überhaupt keine Verbindung in Punkto Zusammenarbeit mit ihren Nachbargebieten haben. Diese Diskussion werden wir irgendwann führen müssen. Aber um zu vermeiden, dass alles auf einmal völlig verändert wird, ist es besser und wünschenswert – so auch meine Meinung – dass es zunächst einmal bei den alten Abgrenzungen bleibt.

Es ist um so mehr mein Wunsch, als die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht über zu großflächige Gebiete organisiert werden kann, ansonsten wir alle Probleme wiederfinden, die wir auf Ebene der nationalen Zusammenarbeit haben. Das ist schon mal ein erster Grund diese Abgrenzungen beizubehalten. Der zweite Grund ist, ich finde – ich weiss, andere auch – dass wir ein so hohes Maß an grenzüberschreitenden Beziehungen besitzen, dass wir alles daran setzen müssen, um etwas so gut Funktionierendes nicht aus dem Gleichgewicht zu bringen. Da diese Zusammenarbeit auf Ebene des Oberrheins gut funktioniert, möchte ich, dass der Oberrhein als Gebiet aufrechterhalten wird und wir weiterhin in diesem Rahmen zusammenarbeiten wie bisher, mit denselben Partnern, die sich kennen, die die Geschichte ihrer Teilgebiete kennen und demzufolge die Zusammenarbeit ausbauen können. Das gleiche gilt für die Grande Région, also dieses andere Gebiet der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Norden der Region Grand Est zwischen Lothringen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Luxemburg und der Wallonie.

Dies wären also meine Erläuterungen, Herr Vorsitzender, zu der Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Sie werden verstanden haben, dass es sich nicht einfach gestaltet. Ich werde nachher in Richtung Épernay fahren. Das hat auch seine Vorzüge, ist aber doch ziemlich weit. So sieht aber unser Alltag aus; die Entfernungen sind groß. Die Bevölkerungsdichte ist allerdings anders als in Baden-Württemberg, denn die Großregion zählt nur 5,5 Mio Einwohner bei einer Riesenfläche, die fast zwei Mal Belgien ausmacht. Wir

brauchen eine gute Organisation, um die Herausforderung auf wirksame Weise zu meistern.
(Applaus)

Herr HERSBERGER:

Herzlichen Dank, Philippe RICHERT, für diese aktuellen Ausführungen. Ich habe mit Freuden herausgehört, dass der Föderalismus, den wir so hochhalten, auch in Frankreich gewünscht wird und man nicht das Ganze über einen Leisten schlagen will.

Herr RICHERT:

Darf ich noch etwas hinzufügen? Wir sind als Elsässer – ich darf es sagen, da alle hier im Raum sitzen – eher Leute, die gerne dezentralisieren, die den jeweiligen Teilgebieten ihre Zuständigkeiten lassen wollen. Das ist schon lange so. Als wir unter der Autorität von Daniel HOEFFEL standen, ging es uns immer darum. Deswegen wollten wir aber noch längst nicht die Region, wie sie jetzt zugeschnitten wurde; das ist etwas anderes. Was wir wünschen, ist mehr Macht. Aus diesem Grund hatten wir damals auch um eine Volksabstimmung gekämpft, um die Generalräte unserer beiden Departements zu verschmelzen. Leider hatten die Menschen im Departement Haut-Rhin dagegen gestimmt. Heute tragen wir die Folgen davon. Wir befinden uns nämlich jetzt zusammen mit Lothringen und der Champagne-Ardenne. Hinterher wird man sich schon mal der Dummheiten bewußt, die man begangen hat, aber dann ist es meistens zu spät.

Das Hauptproblem besteht nicht unter uns, sondern in Bezug auf Paris. Das Hauptproblem in Frankreich ist, dass die Gebietskörperschaften nicht genug Macht hatten. Wir sind landesweit so verstreut und haben so wenige Befugnisse, dass es dem Staat quasi immer gelingt seinen Willen durchzusetzen. Die Tatsache, dass die Regionen jetzt größer sind, mehr Befugnisse, größere Haushalte haben und eine wirkliche Macht auf ihrem jeweiligen Gebiet ausüben können, führt dazu, dass der Staat uns etwas anders betrachtet – auch wenn noch nicht alles damit erledigt ist. Aber eines steht fest: Das Image des Präsidenten der Region hat sich gewandelt und das sage ich nicht aus Selbstgefälligkeit. Ich schaue mir die Auswirkungen auf die Gebiete an. Gestern, als Beispiel, war ich in den Vogesen. Allein die Tatsache, dass ich dort auftrete genügt. Sobald irgendein Problem auftaucht und sogar wenn es nichts mit der Region zu tun hat, kommen Demonstranten zu mir, weil sie denken, dass ich etwas tun kann. Das ist ein gutes Zeichen, wenn nicht nur vor dem Präfekten, sondern auch vor dem Präsidenten der Region demonstriert wird. Deswegen ist es noch nicht unbedingt eine angenehme Erfahrung, aber es beweist wenigstens, dass die Machtverhältnisse sich in den Köpfen ein wenig verschoben haben. Bei den Menschen, nicht im rechtlichen Bereich. Aber eindeutig verschoben sich die Dinge in Frankreich zum europäischen Modell hin und die Regionen werden, bei objektiver Betrachtung, machtvoller, greifbarer. Wir müssen jetzt noch zusehen, dass das Ganze funktioniert, was noch längst nicht erreicht ist, aber wenn uns das gelingt, dann kann der Gedanke der dezentralen Macht, der verstärkten Befähigung der Landesgebiete, Fortschritte machen.

Diese Baustelle wird noch lange bestehen, denn Frankreich ist in der Vergangenheit so stark zentralisiert worden, dass es schon einige Zeit brauchen wird, bis die Geisteshaltung sich ändert und wir zur Einsicht zurückkehren, dass wir Probleme auf Gebietsebene bewältigen können – vor allem bei den ganz hohen Beamten, z.B. bei denjenigen, die durch die Schmiede der ENA in eine gewisse Form gegossen wurden.

Herr HERSBERGER:

Herzlichen Dank für diese umfassende Darstellung. Wir sind gespannt auf das nächste Kapitel in dieser Story. Gibt es Fragen an Philippe RICHERT? Wenn nein, dann möchte ich mit Blick auf die Uhr zum nächsten Traktandum schreiten.

Trakt. 7: Wahlen des Vorstands 2017

Sie haben den Wahlvorschlag des Vorstandes vor sich. Unter anderem ist das Präsidium 2017 des Oberrheinrates zu wählen, da dieses jährlich rotiert. An der Reihe ist Baden-Württemberg; vorgesehen ist der jetzige 1. Vizepräsident Josha FREY. Ich selbst werde wie im Juni angekündigt per Ende Januar aus der Politik ausscheiden.

Ein paar Worte zu unserem Präsidentschaftskandidaten:

Wir haben uns ein wenig auf deiner Homepage umgesehen, lieber Josha FREY, und festgestellt: Hier ist ein Mensch *in action*. Nicht nur auf dem Foto, das wir hier sehen (Folie), sondern generell, wo auch immer Aktivität ist, sei es sportlich oder anderer Art. Und Josha FREY hat schon vor 25 Jahren gewußt, dass das Thema Grenzgänger dieser Tage hochaktuell sein wird und hat als verantwortungsvoller Politiker das Grenzgängertum lange Jahre gelebt, mit beruflicher Stellung in Basel.

Er hat vor dem Oberrheinrat auch mehrere Jahre am Aufbau des Trinationalen Eurodistrict Basel mitgearbeitet. Sie sehen es, es gibt kaum einen besseren Kandidaten, um dieses angenehme aber schwierige Präsidium zu übernehmen. Josha FREY hat natürlich bereits eine lange Wunschliste auf Weihnachten von mir erhalten, was er in seinem Präsidiumsjaar tun sollte. Es wird für den Oberrheinrat ein Jubiläumsjaar sein. Hinter den Kulissen wird gemunkelt, dass der Ministerpräsident persönlich engagiert werden konnte. Jetzt hoffen wir, dass FREY auch aus Frankreich und aus der Schweiz eine bedeutende Persönlichkeit dazu einlädt und dann wäre mein alter Wunsch eines neuen Gipfels von Staatschefs in der Region schon fast erfüllt.

Sind Sie mit dem Wahlvorschlag (Beilage), wie er vor Ihnen liegt, einverstanden? Gibt es Gegenkandidaten für die eine oder andere Funktion?

Das ist nicht der Fall. Dann ist Josha FREY als neuer Präsident des Oberrheinrates gewählt und auch die Vizepräsidien, Kommissionspräsidien und Beisitzer sind für 2017 bestätigt.

Ich wünsche Dir in der neuen Funktion alles Gute, Josha! (*Applaus*)

Mir bleibt eine Änderung zu erläutern. Peter BRODBECK, der Präsident der Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt hat sich freundlicherweise bereit erklärt, neben seiner jetzigen Funktion ad interim auch das Schweizer 3. Vizepräsidium zu übernehmen. In Basel-Stadt werden die künftigen Mitglieder des Oberrheinrates erst im März bestimmt. Im Rahmen der neu formierten Delegation wird Peter BRODBECK dann entscheiden, welche der beiden Funktionen er behält. Peter, herzlichen Dank für Deine Bereitschaft zu überbrücken.

Herr FREY:

Sehr geehrter Herr HERSBERGER, lieber Helmut, sehr geehrter Landratspräsident Philipp SCHOCH, sehr geehrter Präsident Philippe RICHERT, sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank für Ihre Wahl und das Vertrauen, das Sie mir entgegenbringen. Auch herzlichen Glückwunsch an die Kolleginnen und Kollegen, die soeben mit dieser Wahl bestätigt worden sind. Ich empfinde immer wieder großen Respekt vor den Hürden, welche wir in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit seit dem Ende des 2. Weltkrieges überwunden haben. Ich habe ein Vierteljahrhundert, wie Helmut HERSBERGER es beschrieben hat, hier als Grenzgänger aktiv spüren können wie es ist, auf der Messerschneide zu sein, mal links mal rechts.

Was mit dem Schulterschluss zwischen Adenauer und General de Gaulle begonnen hat, haben wir mit dem Oberrheinrat und der ORK regional institutionalisiert. Daher sind der ORR und die ORK für mich der beste Beweis für eine friedvolle Zusammenarbeit über Grenzen hinweg. Der Frage, welcher Perimeter der Lösung der anstehenden Aufgaben am besten dient, müssen wir uns alle permanent stellen – in dem multi- oder intergouvernementalen Leben, in dem wir uns innerhalb der EU bis hinunter in die Eurodistrikte und Gemeinden bewegen. Ich bin stolz, dass der Oberrheinrat nächstes Jahr sein 20-jähriges Bestehen feiern wird.

Ich wünsche mir, ohne den Kommissionen etwas vorgeben zu wollen, drei Themen als Schwerpunkte. Das sind die Nachhaltigkeit, der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Integrationsfrage. Es gilt, unser Handeln an den Grenzen im Sinne der Nachhaltigkeit auszurichten, d.h. stets den Fokus auf die soziale, ökologische, aber auch ökonomische Gerechtigkeit für unsere jetzige und künftige Generation auszurichten. Die ökologisch

ausgerichtete Landwirtschaft, die erneuerbaren Energien und die nachhaltige Mobilität sind im Oberrheinrat bereits in den letzten Monaten und Jahren wichtige Anliegen gewesen.

Meines Erachtens müssen auch die energetische Konversion und die grenzüberschreitende Raumplanung am Oberrhein konkreter angegangen werden. Hier haben wir in den vergangenen Jahren einige erfreuliche Fortschritte verzeichnen können. Wir müssen aber die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in diese Prozesse früh einbinden und auch grenzüberschreitende Beteiligungsformen entwickeln. Ich denke dabei an Paragraph 55 der Basler Verfassung [Stadtteilsekretariate] oder auch an Veränderungen auf der deutschen Seite, was die Gemeindeordnung betrifft. Da können INTERREG-Projekte, die in Planung sind, wie z.B. das Projekt "MARGE" mitdienen. Hier sollen Akteure in der sozialen Stadtentwicklung entlang des Oberrheins besser vernetzt werden und deren Kooperation zum besseren Zusammenleben beitragen. Nachhaltigkeit beinhaltet nämlich auch das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, welche den gesellschaftlichen Zusammenhalt trägt. Global betrachtet bedeutet soziale Gerechtigkeit auch über die eigenen Grenzen hinweg zu sehen, Menschen auf der Flucht zu unterstützen und ihnen eine neue Heimat zu geben. Gerade wir Menschen am Oberrhein haben nur zu oft selbst erfahren, was es heißt, das eigene Zuhause aufgrund von Kriegen und Verfolgungen zu verlieren. Die Integration von Geflüchteten ist eine große Aufgabe, die uns auch am Oberrhein in den nächsten Jahren begleiten wird. Wir alle müssen dazu an einem Strang ziehen und uns für unsere neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger öffnen.

Sensibilität für kulturelle Unterschiede und Einfühlungsvermögen sind für uns am Oberrhein selbstverständlich – aber keine Selbstverständlichkeit. Der Bau von Mauern bietet keine Lösung für globale Problemstellungen. Als Kenner der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sei Beispiel dafür, wie die Brücken am Oberrhein seit 70 Jahren zum Lösen von Problemen beitragen. In diesem Zusammenhang hat mich der Unternehmer Klaus Endress sehr beeindruckt, der sich im November wie folgt äußerte: «Grenzen mögen wir im Grunde überhaupt nicht. Es gibt nur eine Sorte von Grenzen, die wir niemals überwinden wollen. Das sind die Grenzen von Gesetz, Anstand und Respekt vor den anderen.»

Ich meine, dass wir am Oberrhein die gute Zusammenarbeit fortführen und unseren Beitrag zu einem friedlichen und solidarischen Haus in Europa leisten müssen und können. Funktionierende grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist ein Garant für ein friedliches und demokratisches Miteinander, zu dem soziale Sicherheit und Teilhabe gehören. Dies gilt es zu bewahren und zu verteidigen, aber auch neue Impulse dafür zu setzen. Wir brauchen interessierte und engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger, die uns dabei helfen unsere Werte wie Menschenrechte, Toleranz und Offenheit aufrecht zu erhalten. Die Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, auch über die Grenzen hinweg, sollte uns Wegweiser sein bei allen wichtigen politischen Entscheidungen, auch hier in diesem Gremium.

Ich möchte mich ganz herzlich bei Herrn HERBERGER bedanken für seine hervorragende Arbeit als Präsident und für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in dem letzten Jahr, in dem ich hier mitarbeiten konnte. Ich freue mich, im kommenden Jahr mit Ihnen allen zusammen weitere wichtige Schritte für mehr Nachhaltigkeit, für eine gelingende Integration und eine zusammenwachsende Gesellschaft am Oberrhein gehen zu dürfen. Vielen Dank für Ihre Zusammenarbeit und Aufmerksamkeit! (*Applaus*)

Ich erlaube mir, Ihnen hier gleich ein kleines Präsent von Seiten Baden-Württemberg zu überreichen: drei Flaschen roten Wein aus dem Staatsweingut Freiburg. Alles Gute und herzlichen Dank! (*Applaus*)

Herr HERBERGER:

Herzlichen Dank.

Herr ADRIAN:

Lieber Helmut,

gleich im Anschluss an unseren neuen Präsidenten darf auch ich Dir ein kleines Präsent überreichen, im Namen beider Departements bzw. des Präsidenten des Bas-Rhin Frédéric BIERRY und des Präsidenten des Haut-Rhin Éric STRAUMANN.

Du bist ein humanistischer Präsident gewesen, offen und aufmerksam. Du hast Dich an den Arbeiten aller Kommission beteiligt. Das möchten wir hervorheben und Dir wirklich für Dein spürbares Engagement unseren Dank aussprechen. Als Du zum neuen Präsidenten ernannt worden bist, hast Du neben mir sitzend gesagt: «Ich habe etwas, was mir besonders am Herzen liegt, das ist die Situation des EuroAirport.» Nun, die Situation des EuroAirport findet derzeit ihre Lösung. Dir sei gratuliert und gedankt für all das Vollbrachte! (*Applaus*)

Herr Frédéric PFLIEGERSDORFFER:

Meinen Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Oberrheinrat, die Region Grand Est, vor allem ihr elsässischer Flügel, möchte den hervorragenden Einsatz von Herrn HERSBERGER besonders würdigen. Denn er ist ein sehr gutes Beispiel für die sowohl menschlichen wie auch politischen Eigenschaften, die unsere Zusammenarbeit im Oberrheinraum braucht.

Helmut HERSBERGER hat sich kontinuierlich und auf verschiedenen Ebenen für den Oberrheinrat engagiert; er war Kommissionsvorsitzender, Leiter der schweizerischen Delegation und schon einmal zuvor Vorsitzender, nämlich 2012. Weiter hat er immer wieder konkrete Themen und Probleme aufgegriffen, auch vorausschauend. Der EuroAirport wurde bereits erwähnt. Heute haben wir erneut von der Koordinierung der Rettungsdienste auf trinationaler Ebene gesprochen. Die Energiewirtschaft und mehrere Aspekte davon waren ebenfalls wiederkehrende Tagesordnungspunkte. Er hat uns immer wieder daran erinnert, an Themen dranzubleiben und für unsere Arbeiten, so die Resolutionen, einen hohen Wirkungsgrad zu erzielen.

Schliesslich hat Helmut HERSBERGER dafür gesorgt, jedem zu Gehör zu verhelfen, und vor allem hat er unermüdlich an der Annäherung von Oberrheinkonferenz und Oberrheinrat gearbeitet. Ich darf auch erwähnen, dass er sich privat seit langem für die Petite Camargue engagiert. Jetzt da sein Mandat zu Ende geht, wollen wir ihm im Namen der Region Grand Est und von Präsident RICHERT unsere Hochachtung entgegenbringen. Wir wollen keinen Wettbewerb mit Baden-Württemberg eingehen (*Lachen*), aber hier auch unsererseits... (*Geschenkübergabe und Applaus*)

Herr HERSBERGER:

Was bleibt mir noch zu sagen? Ich danke Ihnen allen!

Herr Theo KAUTZMANN:

Der Norden des Oberrheins schließt sich allen guten Wünschen an und schenkt Dir, was Du jetzt am meisten brauchst, nämlich Zeit. Ich halte mich kurz und sage: Mein Wein ist in der Pfalz und ich lade Dich herzlich ein, ihn mit mir dort zu genießen.

Wir haben im gleichen Ausschuss gearbeitet. Ich glaube, ich habe Dich aus der Schweiz am meisten gesehen und es war immer eine angenehme Zusammenarbeit!

Herr HERSBERGER:

Es haben alle mir gedankt, dabei habe ich nur funktioniert, weil ich Eva GSCHWIND zur Seite hatte. Dir Eva, herzlichen Dank für Deine Geduld und grosse Unterstützung! (*Applaus*)

Ich schliesse hiermit den ersten Teil unserer Sitzung.

Es folgt ein kurzer Spaziergang durch die Liestaler Altstadt zur Oberrheinkonferenz ins Hotel Engel. Referat zum zweiten Teil s. Beilage.